

Antrag

der Abgeordneten Klaus Ernst, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW

Verbrenner-Aus stoppen – Zukunft der deutschen Automobilindustrie sichern – Arbeitsplätze schützen und Wohlstand bewahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Einseitigkeit, mit der die Bundesregierung und die Europäische Union auf E-Mobilität setzen, ist ein schwerer wirtschafts- und industriepolitischer Fehler. Dieser Fehler kann Wohlstand und Arbeitsplätze vernichten und droht weltweit führendes Know-how der heimischen Industrie zu zerstören. Das geplante Verbrenner-Verbot ab 2035 gefährdet hunderttausende Arbeitsplätze bei den Automobilkonzernen und unzähligen Zuliefererbetrieben. Statt weltweit geschätzte Technologieführerschaft aufzugeben, sollte diese weiterentwickelt werden.

Mit dem Verbrenner-Aus wird eine Technologie verboten, für die es in den kommenden Jahren keinen adäquaten Ersatz gibt. Andere Teile der Welt setzen richtigerweise weiterhin auch auf Verbrennermotoren. In China wurde kürzlich der Effizienz-Rekord für Dieselmotoren gebrochen. Ein solcher Verbrenner der Zukunft, mit einem deutlich höheren Wirkungsgrad könnte allein in China jährlich bis zu 97 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. Effizienzsteigerungen bei Verbrennern durch ein faktisches Entwicklungsverbot eine Absage zu erteilen, bedeutet auch die Möglichkeit kurzfristiger Emissions- und Ressourceneinsparungen abzulehnen. Ebenfalls ist ein Verbot eine Absage an den innereuropäischen Export deutscher Wertschöpfung.

Die Entwicklungsarbeit an emissionsfreien Kraftstoffen, Wasserstoff, synthetischen Kraftstoffe und Ammoniak für Verbrennermotoren sollte auch hierzulande vorangerieben werden. Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss, dass der weltweite PKW-Bestand bis 2050 auf über zwei Milliarden anwachsen wird. Sollte der Zuwachs der beiden letzten Jahrzehnte sich fortsetzen, wird diese Zwei-Milliarden-Marke bereits im Jahr 2040 überschritten sein. Ein Großteil dieses Zuwachses wird auf die Schwellen- und Entwicklungsländer entfallen, in denen sich eine breitere Bevölkerungsschicht einen bescheidenen Wohlstand aufbauen und somit ihr erstes Auto wird leisten können. Ein beträchtlicher Teil dieses Zuwachses wird auf Verbrennermotoren zurückzuführen sein.

Rund 780.000 Beschäftigte und ihre Familien sind allein in Deutschland von der Automobilindustrie abhängig. Deutschland kann mit seiner Erfahrung und seinen außerordentlichen Kompetenzen im Bereich der Verbrenner-Technik dazu beitragen, dass

die noch für Jahrzehnte in Betrieb befindlichen Verbrennermotoren so nachhaltig und ressourcenschonend wie möglich gebaut werden können. Die Bundesregierung muss diesem Negativtrend entschieden entgegensteuern, indem sie sich auf EU-Ebene für eine Regelung einsetzt, durch die Neuzulassungen von benzin- und dieselbetriebenen Verbrennermotoren auch über das Jahr 2035 hinaus möglich werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, das beschlossene Verbot von Neuzulassungen für Benzin- und Dieselmotoren zurückzunehmen und die Regelung dahingehend anzupassen, dass Neuzulassungen von benzin- und dieselbetriebenen Verbrennermotoren auch über 2035 hinaus möglich sein werden;
2. ein Gesetz vorzulegen, das die Weiterentwicklung und Optimierung des Ressourcenverbrauchs und der Effizienz von Verbrennermotoren öffentlich fördert und darüber hinaus öffentliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit zum Zwecke der Effizienzsteigerung von Verbrennermotoren und der Entwicklung alternativer Kraftstoffe, wie E-Fuels, Wasserstoff und Ammoniak, ausreichend zu finanzieren.

Berlin, den 28. Mai 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe